



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

### Rede zur Grundrente

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 21.02.2019

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag hat vor allem ein Ziel: Sie wollen hier für Ihr Modell einer Grundrente werben, mit dem sie den Abwärtstrend der Umfragewerte der SPD umkehren wollen. Aber warum fordern Sie dann im Antrag die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass ein Gesetzentwurf zur Grundrente bis zur Sommerpause vorgelegt wird? Es ist doch Ihr Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der diesen Gesetzentwurf vorlegen soll. Und Sie wissen doch auch ganz genau, dass am Ende nicht die Position des Landes Nordrhein-Westfalen entscheidend sein wird, sondern die Haltung Ihrer Koalitionspartner im Bund.

Ich denke, dass wir alle das Ziel teilen, Altersarmut zu verhindern. Wir teilen hoffentlich auch den Grundsatz, dass den Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, im Alter mehr Geld zur Verfügung stehen soll als denjenigen, die dies nicht getan haben und die dann nur Anspruch auf eine Mindestsicherung haben.

Das Modell, das Sie hier vorschlagen, ist dazu aber jedenfalls nicht der richtige Weg. Ihre Grundrente ist ungerecht, nicht zielgenau und teuer. Man könnte sagen: Gut gemeint, aber nicht gut gemacht.

Das Modell der Grundrente ist ungerecht, weil es mit dem Grundprinzip der Rentenversicherung bricht, dass die Auszahlungen von den Einzahlungen abhängen. So würde ein Versicherter, der 35 Jahre Vollzeit gearbeitet hat und mit seinem Gehalt gerade die durchschnittlich 0,8 Rentenpunkte im Jahr erreicht hat, keinen Zuschuss erhalten.

Hingegen würde derjenige, der bei gleichem Gehalt nur halbtags gearbeitet hat und damit durchschnittlich 0,4 Rentenpunkte erreicht hat, eine Verdoppelung seiner Rentenpunkte erhalten. So wären am Ende bei Vollzeit und Teilzeit beide Rentenzahlungen praktisch gleich hoch. Das kann nicht fair sein und widerspricht jedem Gedanken einer Leistungsgerechtigkeit in der Rente.

Ebenso ungerecht ist die starre Grenze von 35 Jahren. Wer zum Beispiel stolze 34 Jahre eingezahlt hat, könnte zukünftig erheblich weniger Rente bekommen als jemand, der nur geringfügig länger, dafür aber vielleicht in Summe weniger eingezahlt hat. Da können Sie doch nicht von Respekt gegenüber der Lebensleistung dieser Menschen reden.

Das Modell ist auch alles andere als zielgenau. Wenn Sie auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichten wollen, dann werden auch viele gut versorgte Menschen Ihre Grundrente erhalten. Sie vernachlässigen, dass neben der gesetzlichen Rente auch andere Einkünfte zur Altersvorsorge beitragen können wie zum Beispiel betriebliche und private Vorsorge oder Mieteinkünfte aus Immobilienbesitz. In der Lebenswirklichkeit gibt es zudem viele Fälle, bei denen ein Paar gemein vorsorgt und eine höhere Rente oder Pension des Partners das Haushaltseinkommen sichert. Sie wollen Altersarmut bekämpfen ohne nur einmal zu fragen, ob überhaupt ein Armutsrisiko besteht. Das ist das Prinzip Gießkanne.

Und genau deswegen wird Ihr Modell auch so teuer. Die bisherige Rentenpolitik der Koalition in Berlin bestand vor allem aus dem Griff in die Beitragskasse zu Lasten der jüngeren Generation. Jetzt legen Sie zwar einen Vorschlag vor, der eine Finanzierung aus Steuermitteln vorsieht. Ihr Bundesfinanzminister verkündet aber gleichzeitig, dass ihm im Haushalt künftig 25 Milliarden Euro fehlen würden. Der mehrere Milliarden teure Zuschuss zur Grundrente sei jedoch noch finanzierbar. Nur andere Wünsche wären nicht mehr zu erfüllen. Das ist doch alles keine seriöse Politik.

Die FDP hat auf Bundesebene ein anderes Modell zur Vermeidung von Altersarmut vorgeschlagen. Wir setzen auf die Basis-Rente, bei der jede und jeder, der in die Rentenkasse eingezahlt hat oder Kinder großgezogen hat oder Angehörige gepflegt hat, im Alter mehr als die Grundsicherung erhält. Die Basis-Rente stellt somit eine faire und zielgerichtete Hilfe dar, die am Ende aber auch finanzierbar ist.

Dies erreichen wir, indem wir bei der Grundsicherung im Alter einen Freibetrag für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 20 Prozent der Rentenansprüche einführen. Demgegenüber wird die Rente heute voll auf die Grundsicherung angerechnet. Dabei beläuft sich das Niveau der Grundsicherung derzeit je nach Region auf rund 850 Euro. Wer zum Beispiel 35 Jahre Vollzeit auf Mindestlohniveau gearbeitet hat, hat aktuell einen Rentenanspruch von rund 500 Euro monatlich, die bei Bedürftigkeit auf das Grundsicherungsniveau aufgestockt werden.

Mit unserer Basis-Rente würden in diesem Fall 100 Euro der erworbenen Rentenansprüche nicht angerechnet werden. Damit würden 950 Euro als Einkommen zur Verfügung stehen. Das wären sogar 50 Euro mehr als bei der Grundrente von Heil. So würden nach einem langen Arbeitsleben Menschen selbst bei niedrigen Löhnen nach unserem Modell immer mehr Geld als die Grundsicherung erhalten und auch vergleichbar viel oder sogar mehr als nach den Vorstellungen der SPD. Das ist vernünftige Rentenpolitik ohne die Nachteile der Grundrente.

Dazu gehört aber auch, dass wir zielgenau nur da helfen, wo auch Bedarf besteht, wo wirklich zu wenig Geld im Alter da ist. Wir dürfen deshalb nicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichten – wir wollen sie aber vereinfachen. So wollen wir die Antragstellung und Auszahlung unter dem Dach der Rentenversicherung durchführen, damit der Gang zum Sozialamt nicht mehr nötig wird, um die eigenen Ansprüche vorzutragen. Wir wollen auch nicht mehr auf Kinder oder selbstgenutztes Wohneigentum zurückgreifen. Nur andere Einkünfte im Haushalt und disponibles Vermögen sollten relevant sein.

Zusammengefasst: Die Grundrente der SPD ist ungerecht, Gießkanne und teuer. Unser Modell der Basis-Rente ist fair, zielgenau und finanzierbar.